



# Schutz und Solidarität für Flüchtlinge

### Zunehmende Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen im vergangenen Jahr

**Mit großer Besorgnis nehmen wir den vom Thüringer Landeskriminalamt vermeldeten exorbitanten Anstieg von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen im vergangenen Jahr zur Kenntnis, so die beiden Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Katharina König und Sabine Berninger. „Jeder und jede, die vor Krieg, Verfolgung oder wirtschaftlicher Not zu uns flieht, verdient unsere Gastfreundschaft, Solidarität und auch unseren Schutz. Daher müssen die zunehmenden Angriffe auch zu einer verstärkten Aufmerksamkeit seitens der Polizeibehörden führen, etwa durch häufigere Bestreifung der Unterkünfte.“**

Neben der Verbesserung der Sicherheit der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Asylbewerber, gehe es nicht nur in Zeiten von Pegida-Demonstrationen auch um die Erhöhung der Akzeptanz von Migranten im Alltag. Eine gelungene Integration und Einbeziehung in das kulturelle und gesellschaftliche Leben in den Kommunen sei der beste Schutz vor Anfeindung und Ausgrenzung. Hierzu werde auch die von der rot-rot-grünen Koalition angestrebte dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern einen wichtigen Beitrag leisten.

In diesem Zusammenhang begrüßte Sabine Berninger die von Dieter Lauinger (Grüne), Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, angekündigte Förderung von Investitionen in die Wohnungsunterbringung als „nächsten Schritt hin zu einer humanitären und integrativen Thüringer Flüchtlingspolitik. Menschen, die nicht mehr am Stadtrand zusammengepfercht in überfüllten und teils arg sanierungsbedürftigen Unterkünften, sondern in menschenwürdiger Weise in Wohnungen untergebracht sind, bieten rassistischen Gewalttätern auch keine Zielscheibe mehr.“

**Am Grundsatz der menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringung orientiert**

Katharina König machte zudem auf den örtlichen Zusammenhang von Übergriffen und lokalen Neonazi-Strukturen aufmerksam. „In Greiz hetzte ein rassistisches Bündnis um den Neonazi David Köckert monatelang gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil Pohlitz. Die drei Übergriffe auf das dortige Asylbewerberheim sind die direkte Folge.“

Auch in Saalfeld oder im Weimarer Land sowie im Umfeld von Suhl gebe es aktive Neonazigruppierungen und deren rassistische Aktionen. „Solche

Angriffe auf Asylbewerber, Migrantinnen und Migranten und Andersdenkende kommen nicht aus dem Nichts, sondern stützen sich auf organisierte Neonazistrukturen, die fortwährend Angst und Hass schüren. Ihnen gilt es, vor Ort konsequent das Handwerk zu legen“, so Katharina König.

Bereits am 17. Dezember hatte Minister Dieter Lauinger den Vorschlag der Thüringer Wohnungswirtschaft für einen Thüringer Flüchtlingsgipfel begrüßt. „Damit bekräftigt die Wohnungswirtschaft eine Forderung des Koalitionsvertrages, die wir möglichst schnell umsetzen wollen“, hatte der Minister betont und darauf verwiesen, dass bereits im Koalitionsvertrag der Auftrag verankert ist, einen Thüringer Flüchtlingsgipfel durchzuführen und mit den Landkreisen und kreisfreien Städten ein langfristiges Konzept für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen zu erarbeiten.

„Die Erstaufnahme von Flüchtlingen wird sich am Grundsatz der menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringungen orientieren. Asylbewerbern und Flüchtlingen wird ein unbürokratischer Zugang zur medizinischen Versorgung verschafft werden“, so ein weiterer Punkt im Koalitionsvertrag im Kapitel 3.5 unter der Überschrift „Menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik.“

### CDU schadet dem Ansehen des Landtags

„Wenn jetzt Mike Mohring Aufklärung in der Bestechungsaffäre verlangt, dann ist das richtig. Jedoch ist er der Vorsitzende sowohl der Partei als auch der Fraktion, die die Bestechungsaffäre ausgelöst hat. Er muss Aufklärung selbst vorantreiben. Jetzt mit dem Finger auf andere zu zeigen, ist mehr als dreist“, so Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag und Parteivorsitzende. Sie reagiert damit auf die nicht geklärte Bestechungsaffäre, die aus der CDU initiiert wurde, um Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten zu verhindern. Das Herumlavieren der CDU und damit das Decken der möglicherweise straffähigen Machenschaften führe dazu, dass die Angelegenheit „immer mehr zu einem ‚Fall Mohring‘ wird“. „Der Fraktionsvorsitzende ist politisch dafür verantwortlich, was in seinem Laden vor sich geht und welche Mittel als legitim für eigene Partei- und Fraktionsinteressen angesehen werden.“

Mike Mohring vergifte das politische Klima und „trägt zum Ansehensverlust der Thüringer Politik insgesamt bei. Es ist an der Zeit, dass der Landtagspräsident endlich ein Machtwort spricht und dem weiteren Ansehensverlust des Parlamentes energisch entgegentritt. Der CDU-Fraktionsvorsitzenden muss alle Vorwürfe aufklären und mit den Ermittlern der Staatsanwaltschaft vorbehaltlos zusammenarbeiten.“

## Katharina König: Hinter „Sügida“ stecken Neonazis und Volksverhetzer

Vor der für den 12. Januar in Suhl angekündigten ersten Demonstration eines Thüringer „Pegida“-Ablegers hatte Katharina König erklärt: „Hinter den Organisatoren und den Parolen steckt nichts anderes als plumper Ausländerhass, der nun lediglich neu verpackt unter dem ‚Pegida‘-Label in Szene gesetzt wird.“

Nach ihrer Kenntnis handele es sich bei der Anmelderin des Aufmarsches um Yvonne W. Gegen sie hat Katharina König wegen des Verdachts auf Volksverhetzung und öffentlicher Aufforderung zu Straftaten in sieben Fällen bei der Kriminalpolizei Suhl Anzeige erstattet. „Die Gestaltung der ‚Sügida‘-Werbemittel in den letzten Wochen ließen bereits deutliche Ähnlichkeiten zur neonazistischen Gruppierung ‚Bündnis-Zukunft-Hildburghausen‘ (BZH) erkennen. Spätestens als deren Anführer Tommy Frenck unter seinem Klarnamen vor einigen Tagen auch noch die entsprechende Facebook-Veranstal-

tung zur Demonstration erstellte, dürfte klar sein, woher der Wind weht“. Als es im Oktober 2014 zu einer rassistischen Hetzjagd mit 10 bis 15 Autos gegen Menschen aus Rumänien in Hildburghausen kam, wurden im Vorfeld in sozialen Netzwerken Bilder von Asylsuchenden und deren Fahrzeugen eingestellt, so auch auf der Seite des BZH. Zwei Tage vor dem Übergriff wurden auch Flüchtlinge in Suhl heimlich fotografiert und auf der BZH-Seite bloßgestellt. Yvonne W. bekannte sich in der Kommentarspalte als Verantwortliche.

Da sich über das Internet Beiträge von Yvonne W. finden, welche den Verdacht einer Volksverhetzung und der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten begründen, hatte die LINKE-Abgeordnete die Anmelderin angezeigt. So schrieb W. über Ausländer, dass diese „mitsamt der Gebärmaschinen über den Haufen geknallt“ gehören und verhöhnte Nichtdeutsche als „faul, dumm, frech...dreck!“. Sie rief dazu auf, das

„Pack“ endlich „rauszuschmeißen“ und propagiert den Volksaufstand. Polen seien „arbeits-scheu, schmutzig, undiszipliniert, träge und unordentlich“, das „Gesindel“ verunreinige Deutschland. Unter einem Beitrag zu türkischen Ladenbesitzern spricht sie von einer „Auswilderung“, „schließlich benehmen die sich auch wie Tiere hier“. Mal äußert sie, dass „der Neger“ an „die Wand“ gehöre oder dass man Anti-Nazi-Demonstranten die „Zunge heraus-schneiden“ solle. Am 10. Juli 2014 kommentierte sie ein Video zu einer interkulturellen Veranstaltung mit Muslimen wörtlich wie folgt: „Kann da nicht mal jemand eiskalt durchladen...ich begreife das nicht: in Schulen werden Massaker verübt usw.usf. warum findet sich denn kein Abtrünniger, der das an richtiger Stelle macht“.

„Frau W. scheint gute Kontakte zu BZH-Chef Tommy Frenck zu pflegen, den sie als ‚Gauleiter‘ betitelt, ebenso interagiert sie mit wegen Volksverhet-

zung verurteilten Thüringer NPD-Funktionären, wie Thorsten Heise und Patrick Wieschke. Dass sie auch Musik von Neonazi-Bands verbreitet und verkündet, 'dass wir wieder einen Führer brauchen', überrascht dann letztendlich in der Summe an Widerwärtigkeiten nicht mehr sonderlich.“ Katharina König hatte die Anzeige auch der Versammlungsbehörde für die Demonstration weitergeleitet. „Es sollte schnellstmöglich geprüft werden, ob die Anmelderin vor diesem Hintergrund überhaupt geeignet ist, eine solche Versammlung durchzuführen.“

Zahlreiche LINKE-Politiker, unter ihnen Susanne Hennig-Wellsow, Katharina König und Ina Leukefeld, hatten die Proteste unterstützt und ihre Solidarität mit den Flüchtlingen erklärt. „Solch rassistischer Stumpfsinn und die dahinterstehende neonazistische Ideologie, wie am Beispiel der Anmelderin zu sehen ist, dürfen nicht unwidersprochen bleiben!“, so Katharina König. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Bürger-Beteiligung weiter ausbauen

Die Forderung nach einem Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten der Thüringer Bürger als ein wichtiges Politikziel der Landesregierung, wie sie der Bundessprecher von Mehr Demokratie e.V., Ralf-Uwe Beck, unterstrichen hat, wird von Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion und Landesvorsitzende der Partei, ausdrücklich unterstützt. „Niedrige Wahlbeteiligungen, Politikverdrossenheit und Resignation gefährden unser demokratisches Gemeinwesen, das von der aktiven Teilnahme der Menschen an der Demokratie-Gestaltung lebt“, zeigte sich die Landespolitikerin besorgt angesichts aktueller Entwicklungen. Umso notwendiger seien die Umsetzung der mit der Koalitionsvereinbarung von beschlossenen Ziele, „um Hürden für demokratische Beteiligung abzubauen, das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und die Akzeptanz der Demokratie zu stärken“, betonte die LINKE-Politikerin und nannte als wichtigen Punkt im Koalitionsvertrag die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen. Um auch auf Landesebene die dafür notwendige verfassungsändernde Mehrheit auf den Weg zu bringen, müsse die CDU ihre Blockade aufgeben. ■

### Höcke (AfD) festigt rechten Brückenschlag

Mit einem weiteren Interview in der „Sezession“, einer dem Spektrum der „Neuen Rechten“ zuzuordnenden Zeitschrift, entlarvt Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, erneut „sein rechtspopulistisches Weltbild“, so MdL Katharina König. Wer die rassistischen und islamophoben Demonstrationen lobt und mit PEGIDA gar zusammenarbeiten will, mache deutlich, welches politische Ziel er verfolgt. Dass Höcke darüber hinaus an PEGIDA kritisiert, dass diese vermeintlich für die sexuelle Selbstbestimmung eintreten und ihnen „germanische Wurzeln“ fehlen, „enttarnt das antiemanzipatorische, reaktionäre und rechtskonservative Weltbild der AfD“.

Katharina König verwies u.a. auf die Warnung des Zentralrates der Juden, dass PEGIDA es ermögliche, Rassismus und Ausländerhass endlich frei ausleben zu dürfen. Die Landtagsabgeordnete betonte, „es ist dringlicher denn je, jeglicher Form von Rassismus und Rechtspopulismus eine klare Absage zu erteilen. Wer mit der AfD kooperiert, macht Rassismus und Islamophobie hoffähig.“ ■

# Dezidiert politisch motivierte Verfolgung

**Mit Schreiben vom 2. Januar hat sich Bodo Ramelow, Thüringer Ministerpräsident und (noch) Landtagsabgeordneter der LINKEN, an Landtagspräsident Christian Carius gewandt mit der Bitte um Aufhebung seiner Immunität. Es geht dabei um das Verfahren am Amtsgericht Dresden, in dem ihm im Rahmen der Demonstration „Dresden Nazi-frei!“ am 13. Februar 2010 vorgeworfen wird, die Blockade eines Aufmarschs der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ mitorganisiert zu haben.**

In dem Schreiben heißt es u.a.: Ich nehme daher zu dem Ansinnen des Dresdener Amtsgerichts Stellung in Kenntnis des Umstandes, dass die Immunitätsregeln nicht den Abgeordneten „schützen“, sondern die Funktionsfähigkeit des Parlamentes vor politisch motivierten Nachstellungen von Vertretern der Exekutive. Ich selbst wünsche ausdrücklich die Aufhebung der Immunität. Ich will dazu beitragen, dass die Abgeordneten die Entschei-

dung in Kenntnis der Umstände treffen, die mich zu der Überzeugung bringen, dass es bei dem gegen mich gerichteten Strafbefehlsverfahren nicht um die Sanktion strafbaren Verhaltens geht, sondern um eine dezidiert politisch motivierte Verfolgung eines Menschen, der sich gegen rechtsradikale und geschichtsleugnende Thesen des Aufzuges der jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) wandte. Die JLO fungiert als Anmelder für die Manifestation hartgesottener Nationalsozialisten.

Die in dem Schreiben an Sie genannten Vorhaltungen sind unzutreffend, denn tatsächlich habe ich nicht an einer Blockade – wie unterstellt – teilgenommen. Tatsächlich hat am 13.02.2010 die Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag in Dresden eine Fraktionssitzung unter freiem Himmel abgehalten. Hierzu gab es einen Fraktionsbeschluss und eine entsprechende Umsetzung, die ich als Fraktionsvorsitzender pflichtgemäß erfüllt habe. Von dem genehmigten Aufzug der jungen Landsmannschaft Ostdeutschland

(JLO) auf der Hansastraße hatten weder ich noch meine Fraktion Kenntnis. (...) Ich habe mich für die Fraktion ordnungsgemäß bei der Polizei gemeldet. Für die Polizei erkennbar wurde die Fraktionssitzung dort durchgeführt. Die Polizei hat uns zu keinem Zeitpunkt aufgefordert, den Ort zu verlassen. (...) Niemand schreibt der Fraktion vor, wo sie ihre Sitzungen abhält und niemand kann Vorschriften dahingehend machen, wie sich frei gewählte Abgeordnete innerhalb einer Fraktionsversammlung versammeln oder wie entsprechende Versammlungen durchzuführen seien. (...) ■

### Wahlanfechtung: CDU-Abgeordneter soll Arbeit beim Verfassungsschutz verschwiegen haben

Gegen den CDU-Landtagsabgeordneten Andreas Bühl aus dem Ilmkreis ist, wie Regionalzeitungen berichten, wegen des Verdachts auf Wahlbetrug bei der Landtagswahl eine Wahlanfechtung bei der Staatsanwaltschaft Erfurt und bei der Landtagsverwaltung eingeleitet worden. „Wie wäre wohl eine Wahl ausgefallen, wenn Herr Bühl in seinem Lebenslauf die mehrjährige Zugehörigkeit zum Thüringer Verfassungsschutz ehrlich angeben hätte?“, heißt es in der Begründung eines Bürgers aus Gräfenroda. Gegenüber der Thüringer Allgemeinen (TA, 27.12.2014) verwies Bühl „auf Nachfrage (...)“ auf seine Internetseite, der man entnehmen könne, dass er von 2009 bis 2013 im Bereich des Thüringer Innenministeriums und hier im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz tätig war.“ Das Wahlkreisbüro Haskala der Landtagsabgeordneten Katharina König (LINKE) veröffentlichte daraufhin das Ergebnis einer eigenen Recherche: Wenn man über den Google Cache eine ältere Version von Bühls Homepage aufrufe, „wird erkennbar, dass seine Vita vor fünf Tagen noch bereinigt war und die 4 Jahre Geheimdienst erst in dieser Woche, 3 Monate nach der Wahl, hinzugefügt wurden“. Gegen Bühl ging inzwischen eine Anzeige ein, sie lautet auf Betrug. Die Anzeige soll darauf gerichtet sein, so schreibt die TA, dass Bühl den Hinweis darauf, dass er „zwischen 2009 und 2013 für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Extremismusprävention beim Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz zuständig war, erst auf seiner Internetseite bekanntgegeben habe, nachdem eine Anzeige gegen ihn eingegangen sei“. Das deckt sich mit den Rechercheergebnissen des Haskala. Zuvor war offenbar – anders als Bühl es der TA gegenüber mitgeteilt hatte – auf dessen Homepage lediglich zu lesen, er sei „im Bereich des Thüringer Innenministeriums“ tätig gewesen. (sw) ■

### Treffen mit Ministerin Heike Werner



*Erstes Treffen des Arbeitskreises Soziales der Linksfraktion mit der LINKE-Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner, sowie Staatssekretärin Ines Feierabend und weiteren Mitgliedern des Leitungsteams des Ministeriums. Bei der Beratung am 8. Januar im Landtag waren von Abgeordneten-seite dabei Kati Engel, Karola Stange, Ina Leukefeld, Margit Jung und Jörg Kubitzki. Dabei herrschte große Einigkeit, dass auf der Basis einer guten Zusammenarbeit und in engem Kontakt die umfangreichen Aufgabengebiete rasch und konzentriert angegangen werden. Eine gute Kommunikation ist hier das A und O.*

*Ministerin Heike Werner war von 1999 bis 2014 Mitglied des Sächsischen Landtags. Sie gehörte 2009 bis 2014 dem Präsidium des Landtags an und war Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Verbraucherschutz. Geboren wurde Heike Werner 1969 in Berlin. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Von 1989 bis 1995 hatte sie Philosophie, Erziehungswissenschaft und Soziologie an der Universität Leipzig studiert. Ehrenamtlich engagiert sie sich im Kreistag des Landkreises Leipzig, dessen Linksfraktion sie seit 2009 vorsitzt.*

*Staatssekretärin Ines Feierabend, 1965 in Erfurt geboren und hier auch zur Schule gegangen, hat Pädagogik studiert. Sie war von 1990 bis 2000 Mitarbeiterin des Bezirksamts Marzahn von Berlin und zuletzt hier Amtsleiterin. Von 2002 bis 2006 Persönliche Referentin der Staatssekretärin für Soziales in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Berlin und anschließend bis 2011 Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit im Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. Zuletzt war sie stellvertretende Bürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Arbeit, Soziales und Gesundheit im Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. ■*

# Mobilität sozial gerecht gewährleisten

Fachgespräch der LINKEN zum fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr

Bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag fand auf Einladung der Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Sabine Leidig, im Dezember ein Fachgespräch zum fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) statt. Alle Teilnehmer begrüßten, dass im Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, der SPD und Bündnis90/Die Grünen in Thüringen festgelegt wurde: „Es sollen die rechtlichen Voraussetzungen geprüft und ggf. geschaffen werden, um Kommunen die Erprobung bzw. Etablierung von Modellen des fahrscheinfreien öffentlichen Verkehrs zu ermöglichen.“

dels untersuchen will. Dazu gehört auch die Bewertung des Modells fahrscheinloser Nahverkehr. Ein weiterer Anstoß für die Diskussionen zu diesem Thema war die Analyse des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) vom November 2014, mit der ein Mobilitätsszenario für den Großraum Halle-Leipzig bis 2025 entworfen wurde.

## Attraktiver ÖPNV für zukunftsfähiges Land

Anhand konkreter Leistungsdaten wurden sowohl der Investitionsbedarf für die nächsten Jahre, aber auch alternative Formen der Nahverkehrsfinanzierung zur Schließung bestehender

derabgabe, allgemeine Umlagen, Veranstalter/Gästetickets usw. geeignete Finanzierungsmöglichkeiten sind, das werden weiterführende Untersuchungen und die öffentliche Debatte darüber ergeben. Weiterhin wurde diskutiert, welche Möglichkeiten zur Verringerung des Individual- und Güterverkehrs sich generell abzeichnen könnten, wo Modellprojekte zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes möglich sind und Verbündete dafür gewonnen werden können.

Allen war klar, die Politik muss berücksichtigen, dass in vielen Regionen nur noch ein lückenhaftes Angebot existiert, zugleich aber neue Erwartungen in allen Altersgruppen an Mobilität ge-



Damit ergeben sich für Kommunen, wie z.B. Erfurt, wo unter der Federführung von Matthias Bärwolff ein Arbeitskreis gemeinsam mit der Fachhochschule Erfurt ein Konzept erarbeitet, neue Möglichkeiten, es praxistauglich umzusetzen.

Aber auch im Landtag Nordrhein-Westfalen gab es interessante Entwicklungen. Dort konnte die Fraktion der Piraten eine Enquete-Kommission installieren, die Finanzierungsoptionen des ÖPNV in NRW im Kontext des gesellschaftlichen und technischen Wan-

finanzierungslücken beleuchtet. Ziel des Fachgesprächs waren die weitere Arbeit an der Rahmenstruktur für das Konzept sowie die Diskussion verschiedener Finanzierungsinstrumente für Anfangsinvestitionen und Finanzierung des laufenden Betriebes.

Ob die Heranziehung der Grunderwerbssteuer, der Grundsteuer, einmalige/wiederkehrende ÖPNV-Erschließungsbeiträge, städtebauliche Verträge, die Verwendung der Stellplatzablässe oder -vermietung, ein Bürgerticket, das Solidarticket, eine Arbeitgeberson-

stellt werden, dass Klima- und Umweltschutz und sozial gerechte Mobilitätsgewährleistung in Zukunft stärker berücksichtigt werden müssen.

Noch enger als bisher müssen Fragen der Mobilität mit der Landesentwicklung und Raumplanung verbunden werden. Fest steht aber, ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

*Dr. Gudrun Lukin, Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag* ■

## VON A BIS Z:

### Landwirtschaft

Als „unzumutbar und schädlich“ kritisierte Dr. Johanna Scheringer-Wright, Abgeordnete der Linksfraktion, die kürzlich von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt vorgestellten Kompromissvorschläge für das Freihandelsabkommen TTIP im Bereich Landwirtschaft.

„Wenn Inhaltsstoffe, so wie bei gentechnisch veränderten Produkten, nur noch mit einem Smartphone auf Verpackungen gelesen werden können, dann ist das eine unzumutbare Irreführung und Diskriminierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern.“ Damit verkomme das Informationsrecht zu einem Privileg für wohlhabende und technikaffine Menschen. Von Barrierefreiheit sei dies meilenweit entfernt und wohl eher eine Verschleierung. Auf solche Irreführungen setzten globale Konzerne wieder einmal, um die Gentechnik in Europa gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Kritisch sieht die Agrarexpertin auch die Aufweichung des Schutzes der Regionalbezeichnungen für Produkte, denn sie beinhalten auch besondere Anbau- und Verarbeitungsmethoden, die oft eine lange Tradition haben. Damit werde die regionale Vielfalt der Landwirtschaft aufs Spiel gesetzt.

Jetzt komme es darauf an, unter den Agrarministern der Bundesländer und den europäischen Mitgliedsländern Allianzen zu schmieden, um den Ausverkauf der europäischen und damit auch thüringischen Landwirtschaft zu verhindern, so die LINKE-Politikerin. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen des Thüringer Landtags:

Die ersten Sitzungstage des neugewählten Thüringer Landtags nach dem Jahreswechsel finden in der Zeit von Mittwoch, den 28. Januar, bis Freitag, den 30. Januar, statt.

In den Monaten danach sind Plenarsitzungen des Thüringer Landtags anberaumt (jeweils mittwochs bis freitags): vom 25. bis 27. Februar, vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April und in der Zeit vom 27. bis 29. Mai.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Behinderte

Die Landesarbeitsagentur hat angekündigt, die Arbeitsvermittlung von Menschen mit Behinderung zu einem Schwerpunkt ihrer diesjährigen Arbeit zu machen und dazu verstärkt auf die Betriebe zuzugehen, die bisher die gesetzlich vorgeschriebene Schwerbehindertenquote nicht erfüllen. Die Arbeitsagentur konnte auf diesem Weg im vergangenen Jahr 240 Betroffene in sozialversicherungspflichtige Jobs vermitteln. Verwiesen wird auf die verschiedenen Fördermöglichkeiten. Während sich die Arbeitslosigkeit in den vergangenen zehn Jahren in Thüringen mehr als halbiert hat, ist die Zahl der Arbeitslosen mit Schwerbehinderung nach Zahlen der Arbeitsagentur um drei Prozent gestiegen. ■

## Erbschaftssteuer

„Mehr Erbschaftssteuer durch den Wegfall der Überprivilegierung von besonders großen Erbschaften entspricht den langjährigen LINKEN Forderungen“, begrüßte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das am 17. Dezember entschieden hatte, dass die Privilegierung betrieblichen Vermögens, das über kleine und mittlere Unternehmen hinausgeht, unverhältnismäßig ist. Mike Huster, stellv. Fraktionsvorsitzender, betonte, dass die bisherige Überprivilegierung zu Einnahmeausfällen von jährlich etwa zehn Milliarden Euro bei den Bundesländern führte, was nach dem Länderfinanzausgleich rund 250 Millionen Euro für Thüringen bedeute. ■

## Kommunaltreffen

Zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung „Kommunalpolitische Erwartungen an die neue Landesregierung“ lädt die Fraktion DIE LINKE für den Dienstag, den 20. Januar, 17 bis 20 Uhr, in den Thüringer Landtag ein, Raum 440. Ziel der Veranstaltung ist es, über die kommunalpolitischen Aspekte des Koalitionsvertrags zu informieren, zu diskutieren und der Erwartungshaltung an rot-rot-grüne Landespolitik Raum zu geben. Konkrete Fragen und Probleme aus der kommunalen Ebene können möglichst kurz schriftlich notiert im Rahmen der Veranstaltung thematisiert werden. Die Anmeldung erfolgt über Matthias Gärtner, Mitarbeiter der Fraktion, unter [gaertner@die-linke-thl.de](mailto:gaertner@die-linke-thl.de) ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Abgeordnetenbüro erneut attackiert

Die Serie von Attacken gegen Linkspolitiker, Schmierereien und Übergriffen auf Büros von Abgeordneten der Linksfraktion reißt nicht ab. Wie MdL Jörg Kubitzki informierte, waren in der Nacht zum 22. Dezember die Schaufensterscheiben seines Wahlkreisbüros in Mühlhausen großflächig beschmiert (mit den Buchstaben SED) worden. Die Abgeordnetenbüros des LINKE-Politikers in Mühlhausen und Bad Langensalza waren in den vergangenen beiden Jahren mehrfach Ziele von Übergriffen. So wurden die Scheiben des Wahlkreisbüros in Bad Langensalza Ende 2012 und im Februar 2013 mit Pflastersteinen eingeschlagen und im Sommer 2013 der Briefkasten des Büros in Mühlhausen gesprengt.

Erst wenige Tage zuvor (13. Dezember) war das Wahlkreisbüro der LINKE-Abgeordneten Margit Jung und Dieter Hausold in Gera mit einem Hakenkreuz beschmiert worden (und in der Woche zuvor mit mehr als drei Meter großen Buchstaben „SED“).

### Nazi-Schmiererei an Wahlkreisbüro

Am 27. Dezember wurde festgestellt, dass das Jugend- und Wahlkreisbüro Haskala von Katharina König in Saalfeld mit einem Hakenkreuz beschmiert wurde. Die Abgeordnete erstattete Anzeige. Die durch ihr Engagement gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus bekannte Landespolitikerin, verwies darauf, dass dieser Übergriff bereits der Dritte in den vergangenen sechs Wochen war.

Am 14. November und am 1. Dezember waren die großen Schaufensterscheiben ihres Saalfelder Büros mit Signalfarbe und Parolen, wie „Terroristenfreunde“ und „Judenfeinde“ – und das ausgerechnet am Haskala, das für die jüdische Bewegung der Aufklärung steht – beschmiert worden. Am 5. Januar wurden erneut die Schaufensterscheiben beschmiert.

Katharina König: „Wir lassen uns natürlich nicht einschüchtern, ist es doch notwendiger denn je, klare Haltung zu beziehen und Nazis, Rechtspopulisten und Menschenfeinde jeglicher Couleur zu entlarven.“ Daran änderten auch solche Bedrohungen nichts, so die Abgeordnete, deren Saalfelder Büro bereits im vergangenen Jahr mehrfach mit Naziparolen beschmiert und beklebt wurde, dessen Scheiben auch eingeworfen wurden. Im Landtagswahlkampf wurde sie in Saalfeld direkt durch eine Gruppe von Neonazis und Rockern bedroht.

# Eichsfelder Wanderstock für Ministerpräsidenten

**Auf Einladung der Landtagsfraktion DIE LINKE durften wir, Ralf Lindemann, Vorsitzender des Kreisverbandes Eichsfeld des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e. V. (BSVT), und die Leiterin der überregionalen Beratungsstelle Heiligenstadt des BSVT, Silke Senge, am 12. Dezember, dem Tag der Regierungserklärung von Ministerpräsident Bodo Ramelow, einen Vormittag auf der Besuchertribüne des Landtages erleben.**

Es war schon etwas Besonderes, live die Erklärung des neugewählten Ministerpräsidenten, aber auch die Reaktionen und Erwidierungen der Landtagsfraktionen bzw. ihrer Abgeordneten zu hören. Beeindruckt waren wir von der Sachlichkeit der Rednerbeiträge der Regierungsfaktionen.

Höhepunkt für uns waren anschließend die Begegnung und das nette Gespräch mit Bodo Ramelow. Trotz seines engen Terminplans hatte er sich Zeit genommen, die kleine Delegation aus dem Eichsfeld zu empfangen.

Ralf Lindemann gratulierte ihm recht herzlich zur Wahl als Ministerpräsident sowie zur Regierungserklärung und übermittelte auch namens der Mitglieder des Kreisverbandes Eichsfeld des BSVT die herzlichsten Grüße und Glückwünsche. Mit den besten Wünschen für gute Gesundheit, viel Erfolg und Schaffenskraft, aber auch eine ge-

hörige Portion Stehvermögen für die kommenden Jahre überreichte er Bodo Ramelow einen handgefertigten Wan-



derstock aus dem Eichsfelder Stockmachedorf Lindewerra sowie einen tastbaren Kalender in Blindenschrift und Großdruck, verbunden mit einer Einladung in das Eichsfeld, wo es auch

viele Wandermöglichkeiten gibt. Kreisvorsitzender Ralf Lindemann erinnerte ihn mit der Bitte um ein offenes Ohr

und sehende Augen für die Anliegen von Menschen mit Behinderungen unter anderem an die Erhöhung des Landesblindengeldes, die Schaffung einer bezahlten Ehrenamtsassistenz für Behinderte und die Sicherung der Beratungsstellen.

Der Ministerpräsident bedankte sich sehr herzlich, probierte den Wanderstock kurz aus und versicherte, sich, wie im Wahlkampf versprochen, für diese wichtigen Anliegen gemeinsam mit der neuen Koalition einzusetzen.

Ein besonderes Dankeschön gilt Maria Funke, Mitarbeiterin der Linksfraktion, für ihre vielfältige sowie tatkräftige Hilfe und Unterstützung, nicht

nur in Vorbereitung dieses Landtagsbesuchs.

Ralf Lindemann  
Silke Senge

## Von mehr als 1.700 Bürgern unterstützte Petition übergeben

Eine von insgesamt 1.766 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnete Petition gegen die geplante Thüringer Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Erfurter Wasserwerke (Thüringer Wasserschutzverordnung Erfurter Wasserwerke - VO WSG Erfurt) war am 16. Dezember von den Initiatorinnen und Initiatoren aus der Verwaltungsgemeinschaft Riechheimer Berg (Ilm-Kreis) an Ministerialrat Rolf Bräutigam vom Petitionsreferat des Thüringer Landtags übergeben worden.

Inhalt der Petition sind viele der Argumente, mit denen fast 2.000 Bürgerinnen und Bürger beim Landesverwaltungsamt innerhalb der verlängerten Frist ihre Einwendungen und Bedenkenmeldungen gegen den Verordnungsentwurf, seine zahlreichen vorgesehenen Auflagen und Verbote vortragen haben.

Ziel der Petentinnen und Petenten ist es, dass die Petition auf der Homepage des Thüringer Landtags veröffentlicht und vom Petitionsausschuss während einer öffentlichen Anhörung beraten wird. Einen entsprechenden Antrag haben sie der Petition beigefügt, über den nun nach dem Thüringer Gesetz über das Petitionswesen der Petitionsausschuss mehrheitlich entscheiden

wird. „Die Fraktion der LINKEN wird sich dem im Ausschuss nicht verschließen“, so LINKE-Landtagsabgeordnete Sabine Berninger, die die Petition en-

nen auf parlamentarische Initiativen der Linksfraktion in den vergangenen Jahren zurück“, betonte die Abgeordnete, die selbst als Mitglied und stell-



gagiert unterstützt hatte (im Foto l.).

„Über 1.700 Unterschriften sind mehr als ein starkes Argument für das öffentliche Interesse. Nicht zuletzt gehen aber die jetzt mit dem Petitions-gesetz bestehenden Möglichkeiten der öffentlichen Behandlung von Petitio-

vertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses in der 5. Legislaturperiode des Thüringer Landtags die Gesetzesinitiativen der LINKEN mitentwickelt und vorangetrieben hatte.

## DAS THEMA

# Arbeit finanzieren statt Arbeitslose verwalten

Im Rahmen ihres traditionellen Neujahrs-Pressegesprächs hat die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld, die Schwerpunkte LINKER Arbeitsmarktpolitik für das Jahr 2015 präsentiert. Im Mittelpunkt steht dabei die effektive Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen in Thüringen.

Angelehnt an Ulrich Schneiders (Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) Buchtitel „Mehr Mensch!“ rückte Ina Leukefeld das Kernprojekt eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ins Zentrum ihres Plädoyers: Gemäß des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages soll noch in diesem Jahr der Weg für existenzsichernde, längerfristige und freiwillige Arbeit für 2.500 Menschen geebnet werden.

### 49 Prozent sind mindestens vier Jahre schon arbeitslos

Zielgruppe sind dabei insbesondere ältere Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, die oftmals seit dem Systembruch von 1990 in schwieriger sozialer Lage gefangen sind. Die Mittel hierzu sollen mit dem Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) gewonnen werden, die die passiven Leistungen des SGB II in Lohnanteile umwandelt. Das Motto lautet: „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“.

Nach den neuesten Zahlen der Arbeitsagentur waren im Dezember mit

7,8 Prozent so wenig Menschen in Thüringen arbeitslos wie seit 1991 nicht mehr. Allerdings stieg die Arbeitslosenquote im Vergleich zum November leicht an um 0,3 Punkte. Insgesamt waren in Thüringen 84.805 Männer und Frauen offiziell arbeitslos gemeldet. Während bei Jugendlichen unter 25 Jahren der Abbau der Arbeitslosigkeit deutlich vorangeschritten ist, sind es vor allem Menschen über 55 Jahren, die keinen Arbeitsplatz finden.

Dass allerdings viele Stellen befristet seien, nannte Ina Leukefeld eine „unsägliche Tatsache“, gerade junge Menschen hätten damit keine sichere Perspektive und seien umso mehr ge-

*Bereits zum zehnten Mal hatte jetzt MdL Ina Leukefeld als Arbeitsmarktpolitikerin der Fraktion DIE LINKE zu ihrem Neujahrspressegespräch, diesmal am 6. Januar, eingeladen (im Foto mit Pressesprecherin Diana Glöckner).*

*Foto: Peter Lahn*



neigt, aus Thüringen wegzugehen. Zugleich verfestigt sich das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und derer also, die nicht aus dem Hartz-IV-Bezug herauskommen immer weiter.

### Faire Löhne, denn man muss von seiner Arbeit leben können

56.596 Menschen, also doppelt so viele als mit Arbeitslosengeld I, sind in Thüringen hiervon betroffen. 49 Prozent sind mindestens vier Jahre und länger arbeitslos, mit allen Probleme, die diese prekäre Situation für den Einzelnen und seine Familie mit sich bringt. Angesichts dessen hatte am

Tag der Veröffentlichung der Dezember-Arbeitslosenzahlen auch die neue Thüringer Sozial- und Arbeitsministerin Heike Werner (LINKE) angekündigt, sich diesem Problem besonders zuzuwenden zu wollen und entsprechende gemeinwohlorientierte Beschäftigung verstärkt zu fördern.

Ina Leukefeld hatte beim Neujahrspressegespräch in diesem Zusammenhang die Armutsbekämpfung durch Schaffung von existenzsichernder Arbeit - auch in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor - als eine zentrale Aufgabe bezeichnet und dabei an Ulrich Schneiders Forderung nach einem Masterplan zur Armutsbekämpfung angeknüpft. Notwendig sei es, so betonte die Arbeitspolitikerin der Linksfraktion, dass Thüringen sein Image als Niedriglohnland abstreife, für faire Löhne eintrete, denn der Mensch muss von seiner Arbeit leben können, „dabei ist der Mindestlohn der richtige Weg“.

### Immer mehr Mittel wurden in die Verwaltung von Arbeitslosigkeit umgeschichtet

Die Verwaltung von Arbeitslosigkeit ist deutlich teurer geworden und die Entwicklung der letzten Jahre ging dahin, dass Mittel, die eigentlich für die aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen waren, zunehmend umgeschichtet wurden in die Verwaltung von Arbeitslosigkeit, erläuterte Ina Leukefeld die Ausgangsüberlegungen zur Stärkung öffentlich geförderter Beschäftigung mittels Passiv-Aktiv-Transfer (PAT). Künftig müsse es vor allem darum gehen, „Arbeit zu finanzieren, statt Arbeitslose zu verwalten“, so die Abgeordnete. Bis Ende des Jahres soll das Projekt erarbeitet werden.

### Gute Arbeit im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün in Thüringen

- Klares Bekenntnis zu Guter Arbeit, gerechter Entlohnung /Equal Pay und zur Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsformen

- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe u. Klein- und mittelständischer Unternehmen (Gründer- u. Generationswechsel-Förderung/Fachkräftesicherung)

- Forcierung von Flächentarifverträgen in den Bereichen Soziales, Pflege, studentische Beschäftigte

- Weiterentwicklung des Vergabegesetzes zu einem Tariftrue- u. Vergabegesetz

- Faire Praktika-Richtlinien/Maßnahmen für eine Gute Ausbildung (u.a. Stärkung Berufsorientierung, kostengünstiges Azubi-Ticket, Berufsschulnetzplanung)

- Inklusiver Arbeitsmarkt (u.a. Budget für Arbeit)

- Öffentlich geförderte Beschäftigung/Passiv-Aktiv-Transfer-Modellprojekt (PAT)

## Zehn Jahre Hartz IV haben die soziale Spaltung weiter vertieft

Zum 1. Januar 2005 trat das Gesetzpaket, welches unter dem Namen Hartz IV bekannt wurde, in Kraft. Dazu hatte Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, in einer Pressemitteilung erklärt: „Vor zehn Jahren hieß es auf vielen Demonstrationen ‚Hartz IV – Armut per Gesetz‘. Für noch immer viel zu viele Menschen ist dies trotz sinkender Erwerbslosigkeit bis heute leider bittere Realität.“

Aktuelle Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung verweisen darauf, dass knapp 60 Prozent der Erwerbslosen armutsgefährdet sind und damit fast zehn Prozent mehr als 2005. Der hohe Grad atypischer Beschäftigungsverhältnisse (34 Prozent im Jahr 2013) und der in der Vergangenheit von der CDU gezielt geförderte Niedriglohnsektor sind große Probleme in Thüringen, die auch Ergebnisse falscher Anreize infolge der Hartz-Reformen sind.“

Die Landtagsabgeordnete betonte, dass es deshalb so wichtig ist, dass sich die neue rot-rot-grüne Koalition in Thüringen mit klaren Signalen für Gute Arbeit, gerechte Entlohnung und gegen Armut positioniert habe. „Das klare Bekenntnis zu Tarifbindung, existenzsichernden Löhnen und gegen prekäre Beschäftigung wird den unter der Federführung der SPD in den vergange-

nen fünf Jahren begonnenen Weg einer Abkehr vom Niedriglohn-Image Thüringens entschlossen fortsetzen. Hier wird auch das Anlaufen des Mindestlohns eine wichtige Rolle spielen. Mit unserem Modellprojekt eines Aktiv-Passiv-Transfers werden wir zudem noch gezielter gegen Langzeitarbeitslosigkeit vorgehen und öffentlich geförderte Beschäftigung im gemeinwohlorientierten Bereich aufbauen. Ich freue mich auf viele spannende Projekte zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern.“

### Deutlicher Zuwachs bei den „working poor“

Im Dezember hatte die Hans-Böckler-Stiftung die neuen Daten des Mikrozensus ausgewertet. Demnach ist der Anteil derjenigen, die weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung haben, seit 1996 um mehr als zwei Prozentpunkte gestiegen – auf den Rekordstand von 15,5 Prozent im Jahr 2013. Allein gegenüber dem Vorjahr betrug der Zuwachs einen halben Prozentpunkt. Das sind gut 400.000 Personen.

Die Kinderarmut stagnierte mit zuletzt 19,2 Prozent seit Mitte der 1990er Jahre auf überdurchschnittli-

chem Niveau. Einen deutlichen Zuwachs hat es dagegen bei den „working poor“ gegeben, die trotz Erwerbstätigkeit unter die Armutsschwelle fallen. Deren Zahl hat zwischen 1996 und 2013 von 2,2 auf über 3 Millionen zugenommen. Der Anteil der arbeitenden Armen an den Erwerbstätigen in Deutschland stieg in diesem Zeitraum von 6,2 auf 7,8 Prozent. Drastisch angewachsen ist die Armutquote vor allem der Arbeitslosen. Waren 1996 noch 39,5 Prozent aller Arbeitslosen arm, so sind es jetzt 58,7 Prozent.

Entscheidend für die langfristige Entwicklung der Armut in Deutschland sei vor allem die Situation der Senioren, da Menschen im Rentenalter in Zukunft einen zunehmenden Anteil der Gesamtbevölkerung ausmachen werden. Bei den Älteren ist das Armutsrisiko zwischen 2006 und 2013 um 3,9 Prozentpunkte auf 14,3 Prozent gestiegen. Denn jüngere Jahrgänge hätten einen größeren Teil ihrer Erwerbsbiografie unter ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen verbracht. Um zu verhindern, dass wachsende Teile der Bevölkerung in Armut versinken, müsse daher dringend das Rentenniveau stabilisiert werden. Die geplante Absenkung von zuletzt 48,9 auf 43 Prozent des Durchschnittsverdienstes bis zum Jahr 2030 sei nicht tragbar.

# Studierende und Beschäftigte einbeziehen

Mit einem „Investitionsprogramm Lehre“ für bessere Studienbedingungen in Thüringen

**Mit der am 6. Januar auf den Weg gebrachten Verwaltungsvereinbarung zur dritten Programmphase des Hochschulpaktes 2020 wurde ein erster Grundstein zur weiteren Finanzierung der Hochschulen gelegt.**

„Die von Minister Tiefensee geplante Rückstellung von 20 Millionen Euro als Risikoreserve für mögliche Rückzahlungen an den Bund darf allerdings nicht zu Lasten der Hochschulen gehen“, gab Christian Schaft, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zu bedenken.

Zu begrüßen ist, dass mit den 36 Millionen Euro für das „Investitionsprogramm Lehre“ und die pauschal fließenden 25 Millionen Euro für die Hochschulen erste Möglichkeiten geschaffen werden, um die Studienbedingungen konkret zu verbessern. „Dazu ist es allerdings notwendig, dass die Studierenden und Beschäftigten mit in die Diskussion um die Mittelverwendung eingebunden werden, da sie am besten wissen, wo der Schuh drückt“.

So hatte die Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS) Ende Dezember darauf hingewiesen, dass es aufgrund vakanter Stellen, einer Überbelastung der Lehrenden und formalrechtlicher Hindernisse Studierenden oft nicht möglich ist, ihr Studium in Regelstudienzeit abzuschließen. Teilweise können Prüfungsleistungen nicht

wie vorgesehen abgelegt oder Lehrveranstaltungen nicht besucht werden. So gebe es erhebliche Probleme an der TU Ilmenau, wo bspw. nur 5,8 Prozent der BA-Studierenden im Sommer 2013 ihr Studium in Regelstudienzeit beenden konnten. An anderen Hochschulen zeichnet sich ein ebenso bedenkliches Bild ab, wenn dort nur zwischen 30 und 70 Prozent der Studierenden in Regelstudienzeit fertig werden. „Hier muss mit den nun bereitgestellten Mitteln eine Verbesserung der Situation erzielt werden“, unterstrich der LINKE-Abgeordnete.

## Anstrengungen notwendig, um Profilbildung zu erhöhen

Zudem müsse ernsthaft über das Konzept der Regelstudienzeit diskutiert werden. „Diese sollte - wie ursprünglich gedacht - wieder eine Garantie für die Studierenden sein, ein Studium in einer gewissen Zeit abschließen zu können. Stattdessen wurde sie in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem repressiven Instrument, das die Studierenden zunehmend unter Druck setzte und zudem den individuellen Lerntypen und den Lebensumständen nicht gerecht wurde“, konstatierte Christian Schaft.

Auf einer Regierungsmedienkonferenz am 6. Januar hatte Thüringens Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) angekündigt, mit einem

eigenen „Investitionsprogramm Lehre“ die Rahmenbedingungen für die akademische Ausbildung in Thüringen verbessern zu wollen. Die 36 Millionen Euro sollen vor allem zur Sanierung von Lehrgebäuden oder für die Anschaffung von Geräten und Lehrmitteln verwandt werden. Das Programm soll finanziert werden aus Mitteln des „Hochschulpaktes 2020“, aus dem Thüringen in den Jahren 2016 bis 2020 zusätzlich rund 210 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Es gehe darum, die vorhandenen Studienplätze zu sichern und die Qualität von Forschung und Lehre weiter zu verbessern, sagte der Minister. Insbesondere müssten die Studienanfängerzahlen in den kommenden Jahren zumindest konstant gehalten werden. Was den Einsatz der Gelder aus dem Hochschulpakt 2020 betrifft, will sich Tiefensee „selbstverständlich eng mit den Hochschulen abstimmen“, er stehe zu den Finanzierungszusagen im Rahmen der Hochschulstrategie 2020 des Landes. Es seien zudem Anstrengungen notwendig, um die Profilbildung der einzelnen Standorte zu erhöhen mit einer klaren Schwerpunktsetzung bei Forschung und Lehre. Ebenfalls auf der Tagesordnung stehe eine stärkere Kooperation bei Bibliotheken, Rechenzentren oder Verwaltung. Ziel des Ministers ist es, dass bis Mitte des Jahres die Eckpunkte der neuen Rahmenvereinbarung stehen. ■

## Anklageerhebung gegen Ballstädt-Schläger notwendig

**Am 8. Februar dieses Jahres überfielen 15 bis 20 Neonazis brutal eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt. Dank der intensiven Arbeit der Polizei konnten die meisten Täter ermittelt werden, doch die Anklage lässt weiter auf sich warten.**

„Währenddessen gewinnen die damaligen Angreifer weiter an Selbstbewusstsein und organisieren zunehmend Neonazi-Konzerte, auch direkt von ihrem Rückzugsort aus, dem 'Gelben Haus' in Ballstädt“, so Katharina König, Abgeordnete der Linksfraktion.

Es ist nur wenige Wochen her, dass einer der Haupttäter des Übergriffs ein Szene-Konzert in der alten Bäckerei („Gelbes Haus“), Hauptstraße 29, in Ballstädt organisierte. Bei der Auflösung der als „private Weihnachtsfeier“ getarnten Veranstaltung zählte die Polizei 92 Neonazis, diverse Anzeigen wurden erstattet. Der Repression zum Trotz organisierten die Bewohner inzwischen ein erneutes Konzert, das jetzt in Kirchheim stattfand. Auftreten sollten fünf Neonazi-Bands aus mehreren Bundesländern - „Heiliges Reich“, „Frontfeuer“, „Tätervolk“, „Exzess“ und „Treueorden“.

Thomas Wagner, Kopf der Neonazi-Band SKD, Eigentümer der Immobilie und seit den 90er Jahren

als extrem rechter Intensivstraftäter bekannt, organisierte für die Veranstaltung einen Kartenvorverkauf über eine Vertriebsseite, die ihn als Geschäftsführer auswies, und verwendete das 'Gelbe Haus' in Ballstädt als Adresse des Labels.

## Den Neonazis ihren Rückzugsort nehmen

In der Vergangenheit wurden über die Seite Rechtsrock-CDs angeboten, zukünftig sollen auch Textilien verkauft werden. Nach Polizeiangaben war Wagner bereits für das Konzert am 6. Dezember verantwortlich. Nach dem Überfall im Februar auf die Kirmesgesellschaft saß er mehrere Wochen in Untersuchungshaft.

Seit der Attacke kommt es in Neonazi-Kreisen zu Solidaritätsaktionen für die Tatverdächtigen aus Ballstädt. So wurden T-Shirts produziert, Spenden gesammelt, ein Konto bei der Sparkasse Arnstadt-Ilmenau eingerichtet und so genannte Solidaritätskonzerte veranstaltet, um Gelder zu sammeln. „Es wird Zeit, dass das Verfahren endlich zur Anklage gebracht wird, um den braunen Schlägern den Prozess zu machen. Je länger man wartet, umso

mehr werden die Nazis die Chance nutzen, mit ihren bestehenden Strukturen weiter Kapital zu schöpfen und damit ihre kriminellen, gewalttätigen und neonazistischen Handlungen stützen“, warnte Katharina König und verwies darauf, dass ein erfolgreicher Prozess auch die Möglichkeit eröffnen würde, den Akteuren ihren Rückzugsort, die Szene-Immobilie, wieder wegzunehmen. ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Schweigen ist Gold?

Die Landtagsfraktion der CDU schwieg zunächst. Die Generalstaatsanwaltschaft Thüringen ermittelt wegen Bestechungsvorfällen rund um die Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten. Inzwischen haben zwei SPD-Abgeordnete geäußert, ihnen seien aus der CDU Angebote gemacht worden. Die CDU-Fraktion meint, dass sei „unterhalb der Schwelle des Kommentierbaren“. Vielleicht hat jemand zu viele amerikanische Krimis gesehen? Dort sagt der Polizist ja immer, der Verdächtige habe das Recht zu schweigen... Inzwischen hat man Strafanzeige gegen SPD-Politiker gestellt. Geschwiegen hat auch ein Mitglied der CDU-Fraktion in eigener Sache. Gegen Andreas Bühl sind Wahlanfechtung und Anzeige anhängig, weil er im Wahlkampf seine frühere Tätigkeit beim Landesamt für Verfassungsschutz verschwiegen habe. Ob aus Scham - Stichworte NSU, Trinkaus - ist unbekannt.

Als „unbegründet“ tut die ARD Kritik an ihrer Moderatorin Pinar Atalay ab. Die hatte beim Tagesthemen-Interview mit dem Ukraine-Ministerpräsidenten Jazenjuk nach einer schier unglaublichen Entgleisung geschwiegen. Jazenjuk sagte: „Wir können uns alle sehr gut an den sowjetischen Anmarsch in die Ukraine und nach Deutschland erinnern. Das muss man vermeiden.“

Im 70. Jahr der Befreiung von der Hitler-Barbarei geht das in der ARD ohne Widerspruch! Der Sender versucht sich jetzt damit herauszureden, Jazenjuk habe „mitten im Satz von ukrainischer Sprache ins Englische“ gewechselt und den Begriff „Invasion“ benutzt. Diesen Begriff soll Frau Atalay nicht verstanden haben... Eine solche „Erklärung“ der ARD macht die ohnehin schmutzige Angelegenheit nur noch schlimmer. Hier wäre eine klare Entschuldigung angebracht. Wenn die ARD das aus Korpsgeist verweigert, hätte sie besser ganz geschwiegen! ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.